Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegrammadresse: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 53.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 53.

№ 165. Montag, 18. Juli 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Barrikaden in Wien.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Wien, 16. Juli.

Entsetzt und verständnislos hat die Welt die ersten Nachrichten von den Wiener Straßenkämpfen aufgenommen. Kein Wunder, man muß selber aus eigener Anschauung beobachtet haben, wie sich die Dinge hier seit geraumer Zeit entwickelten, um zu begreifen, daß es einmal zu diesem Ausbruch nicht nur kommen konnte, sondern kommen mußte. Jetzt erklärt die sozialdemokratische Presse mit heuchlerischem Augenaufschlag, ein Justizfehlurteil sei der Grund für die Ausschreitungen gewesen. Sehen wir uns diese Behauptungen zunächst einmal näher an.

Gewiß, die Unruhen sind im unmittelbaren Anschluß an einen Freispruch ausgebrochen, den das Volksgericht gegen die „Mörder von Schattendorf" hat ergehen lassen. Diese sogenannten Mörder sind drei junge Leute, zwei Brüder Tscharmann und ihr Schwager Pinter, die angeschuldigt waren, im Januar zwei Mitglieder des republikanischen Schutzbundes in Schattendorf erschossen zu haben. Die Tscharmanns und Pinter sind Mitglieder eines Frontkämpferverbandes, den man etwa unserem „Stahlhelm" gleichsetzen könnte. Das Gericht hat sich nicht von ihrer Schuld überzeugen können und hat sie freigesprochen. Eine Begründung des Urteils liegt noch nicht vor. Man wird also mit jeder Kritik noch zurückhalten müssen. Erwähnt sei nur, daß es sich hier gar nicht um einen Gegensatz zwischen Nationalisten und Republikanern zu handeln scheint, sondern daß im Burgenland ausgesprochen ungarnfreundliche Tendenzen herrschen.

Das alles ist ja aber für die Beurteilung der blutigen Vorgänge, die sich gestern hier abgespielt haben, gänzlich unwesentlich. Das Urteil von Schattendorf war doch nur der Anlaß für das Losbrechen des Aufstandes. Der tiefere Grund aber ist der, daß gewisse Kreise in Oesterreich die Zeit für gekommen glaubten, die Macht der christlich-sozialen Regierung endlich brechen zu können. Deshalb die zügellose Hetze in der Presse, durch die eine Stimmung erzeugt wurde, in die die Nachricht von dem Freispruch einschlug, wie der berühmte Funke in das längst gefüllte Pulverfaß. Man soll bloß nicht versuchen, die Verantwortung für alles, was sich hier abgespielt hat und noch abspielen wird, irgendwie zu vertuschen. Wohl sind die Mannschaften des republikanischen Schutzbundes, einer Organisation, die fast durchweg aus Linkssozialisten und Kommunisten besteht, der Polizei zu Hilfe geeilt, weil sie wohl selber erschreckt waren über das Unheil, das sie angerichtet hatten. Andere Schutzbündler aber haben in voller Uniform die Aufständischen angeführt. Geschlossene Trupps haben unter der wehenden Sowjetfahne gefochten. Hier handelt es sich nicht etwa um das „beleidigte Rechtsgefühl der Massen", sondern um die gewaltsame Aufrichtung der proletarischen Diktatur, und was jetzt durch die Straßen Wiens rast, das ist keine Revolte, sondern die Revolution.

Und was sollte mit all dem erreicht werden? Wozu ist das Blut geflossen, wozu sind Hunderte von Menschen in den Tod getrieben worden, wozu hat man den Abschaum eine Großstadt auf eine friedliche Bevölkerung losgelassen, wozu das alles?

Die verantwortlichen Führer wissen es wohl selber nicht! Während auf den Straßen das Blut in Strömen floß, saßen sie im Rathaus und berieten, was nun werden solle. Hin und her gingen die Ansichten. Während die einen wie der Zauberlehrling nur daran dachten, die Geister zu bannen, die sie selbst durch ihre Presse gerufen hatten, überlegten die anderen, wie man aus dem vergossenen Blut möglichst Kapital schlagen könne. Man war zwar nicht so optimistisch, gleich mit einem Rücktritt des ganzen Kabinetts Seipel zu rechnen, hoffte aber doch, unter dem Druck der Straße eine Umbildung der Regierung in sozialdemokratischem Sinn erreichen zu können.

Diese Hoffnung scheint fehlgeschlagen. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, hat sich die Lage für die Regierung innerhalb der letzten Stunden wesentlich gebessert. Die Polizei hat die innere Stadt fest in der Hand, und die Hoffnungen der Sozialdemokraten, beträchtliche Teile des Heeres würden zu ihnen übergehen, sind bis jetzt auch nicht in Erfüllung gegangen. Die Lage der Sozialdemokratie dagegen ist völlig unhaltbar geworden und ihre klügeren Führer, der Wiener Oberbürgermeister Dr. Seitz und Bauer, sehen allmählich ein, daß sie sich in eine unmögliche Lage hineinmanövriert haben, ja, daß sie, die doch die Wiener Verwaltung bis jetzt gänzlich in der Hand hatten, selber den Ast abgesägt haben, auf dem sie bisher saßen. Der 15. Juli 1927 wird ihnen von der Wiener Bevölkerung nicht vergessen werden, und einmal werden sie die Quittung für ihn bekommen. Rafft sich die Regierung Seipel jetzt endlich aus ihrer bald sprichwörtlichen Lethargie auf, dann ist jetzt oder nie die Stunde gekommen, die Macht der Sozialdemokratie auch in Oesterreich zu brechen. Das wird die Folge der Schreckenstage sein, die unverantwortliche Hetzer über Wien heraufbeschworen haben. Der Pfeil, den die Sozialdemokratie gegen den Ministerpräsidenten Seipel und den Polizeipräsidenten Schober abgedrückt hat, wird auf sie selbst zurückschnellen. Sie hat Wind gesät, und sie wird Sturm ernten.

Beruhigung in Wien.

Der Fernverkehrstreik geht weiter.

Das äußere Bild Wiens wieder normal.

Wien, 17. Juli, mittags. (Von dem nach Wien entsandten Sonderberichterstatter des WTB.) **Das äußere Bild der Stadt Wien ist in den meisten Teilen wieder normal.** Die Tatsache, daß die städtischen Verkehrsmittel wieder in Betrieb sind, wirkt sich, wie erwartet wurde, beruhigend auf die allgemeine Gemütsverfassung aus. Auch die Gasthäuser und Cafés sind geöffnet, doch besteht das Alkoholverbot für heute weiter. Schon in den frühen Vormittagsstunden zogen große Scharen Wiener durch die innere Stadt, um sich die Zerstörungen anzusehen, die die letzten Tage gebracht haben. Am meisten ist natürlich der Justizpalast umlagert, der innen und außen ein grausiges Bild der Verwüstung darstellt. Es stehen nur noch die Grundmauern, die Fensterhöhlen sind ausgebrannt, in den blauen Sommerhimmel ragt das Eisengerüst der rechten Kuppel wie ein Skelett empor. Die Türen sind verbrannt, die eisernen Gitter — kunstvolle Renaissance-Schmiedearbeiten — verbogen und zerstört. Das Innere zeigt kahle Mauern, von denen der Kalk abgefallen ist. Der Parkettbelag ist ausgebrannt, nirgends mehr sieht man ein Möbelstück. Haufen von Geröll und Schutt liegen in den Räumen umher. Auf der Erde liegen verkohlte Akten verstreut. Postenketten sperren das Viertel des Justizpalastes und des Rathauses ab. Der Verkehr zwischen der Bevölkerung und der Polizei vollzieht sich aber in durchaus freundlichen Formen. An einigen Straßenecken steht man Autozüge mit Reservemannschaften. Die Stimmung ist nach den Exzessen der letzten Tage natürlich gedrückt. Für den Wiener sind die Ereignisse noch jetzt unfaßbar, was durchaus verständlich ist, wenn man hört, daß die Totenzahl dieser beiden Tage dreimal so hoch ist wie die Zahl der Opfer, die die Revolution vor acht Jahren in ganz Oesterreich gefordert hat. Bisher sind 252 Personen verhaftet worden. Die Regierung hat heute eine Kundmachung anschlagen lassen, in der sie ihre Haltung und das Vorgehen der Polizei verteidigt und weiter die Bevölkerung zur Aufrechterhaltung der Ruhe mahnt.

*

Der Generalstreik beendet.

Wien, 17. Juli, mittags. (Von dem nach Wien entsandten Sonderberichterstatter des WTB.). **Der Generalstreik ist beendet,** das ist das Kennzeichen der Situation, die am heutigen Sonntagvormittag herrscht. Als die Wiener heute früh bei strahlendem Sonnenwetter erwachten, hatten die Straßenbahnen ihren Dienst bereits wieder aufgenommen, und zwar auf allen Linien. Die befürchteten kommunistischen Störungen sind nur in unerheblichem Maße an zwei Stellen aufgetreten. In einem Straßenbahndepot kam es zu kleineren Differenzen mit den Kommunisten. Fünf kommunistische Straßenbahner, die die Ausfahrt verweigerten, sind vom Dienst suspendiert worden. Bei einem anderen Depot versuchte ein kommunistischer Trupp, die Ausfahrt zu verhindern, die Straßenbahner vertrieben ihn aber. Auch die elektrische Stadtbahn, die Autobusse und die Autodroschken fahren wieder. Dagegen geht der Fernverkehrsstreik weiter. Alle Eisenbahnlinien ruhen noch; allerdings sind Verhandlungen über die Wiederaufnahme auch dieses Verkehrsmittels bereits im Gange.

Heute vormittag fand eine **Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes** statt, in der die allgemeine Lage besprochen wurde. Auch hier drehte es sich mit um die **Frage der Wiederaufnahme des Fernverkehrs.** Nach der Beendigung der Konferenz begab sich Bürgermeister Dr. Seitz und der Abgeordnete Dr. Bauer zum Bundeskanzler Seipel, um, wie von sozialdemokratischer Seite verlautet, ihn zu fragen, wie die Regierung sich die Einstellung des Fernverkehrsstreiks und die Voraussetzungen für sie denke. Dabei dürften die sozialdemokratischen Unterhändler auch zum Ausdruck gebracht haben, daß die Partei bestimmte Wünsche in der Richtung einer Abänderung des bisherigen Regimes habe. Es besteht Grund zu der Annahme, daß diesen Forderungen der Gedanke zugrunde liegt, die Regierungsgewalt in ihren politischen Auswirkungen zum Teil auf den Hauptausschuß des Parlaments zu übertragen, damit alle parlamentarischen Parteien daran beteiligt sind. Wie wir erfahren, wird das Verlangen nach der Entfernung hervorragender Persönlichkeiten aus ihren Aemtern nicht gestellt.

Bildung der Wiener Gemeindeschutzwache.

Aufrufe des Bürgermeisters und des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

* Berlin, 18. Juli. (Telunion.) Nach einer Wiener Meldung des Montag, der Sonderausgabe des Berliner Lokalanzeigers, hat der **Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, Seitz,** am Sonntag einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

„In dieser Stunde höchster Gefahr erachte ich es für meine Pflicht, zur Abwehr außerordentlich großer Gefahren außerordentliche Maßregeln zu treffen. Da es bisher nicht gelungen ist, Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen, habe ich mich entschlossen, für die Tage der Gefahr eine Gemeindeschutzwache zu errichten, die vom Vertrauen des Volkes getragen, zunächst die Aufgabe haben soll, die Einrichtungen und die Betriebe der Gemeinde zu schützen, aber auch darüber hinaus dazu beitragen soll, dem Blutvergießen ein Ende zu machen, Ruhe und Ordnung auf den Straßen Wiens wieder herzustellen. Ich erwarte, daß die ganze Bevölkerung unserer Stadt diesem Organ der vom ganzen Volke frei gewählten Gemeindeversammlung vollkommenes Vertrauen schenken und die Gemeindeschutzwache bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe unterstützen und ihren Weisungen Folge leisten wird. Das Kommando der Gemeindeschutzwache hat seinen Sitz im Rathaus."

Dem Aufruf von Seitz hat, wie das gleiche Blatt meldet, der **Parteivorstand der Sozialdemokratie und die Gewerkschaftskommission Oesterreichs** einen Aufruf hinzugefügt, der folgende Sätze enthält:

„Der republikanische Schutzbund hat verläßliche Männer aus seinen Reihen ausgesucht, die sich zum Dienst in die Gemeindeschutzwache gemeldet haben. Sie wird unserem Bürgermeister unterstellt sein. Sie wird aus Arbeitern und Angestellten, aus Mitgliedern des republikanischen Schutzbundes, zusammengesetzt sein. Der Parteivorstand und die Gewerkschaftskommission haben beschlossen: Es ist proletarische Pflicht aller Genossen, die in die neue Gemeindeschutzwache eintreten, allen Weisungen des Bürgermeisters und der von ihm berufenen Kommandanten zu folgen, strengste Disziplin zu halten und allen leichtfertigen, disziplinlosen und verbrecherischen Elementen, deren Gebaren immer neues Blutvergießen herbeiführt, mit Festigkeit und Entschiedenheit entgegenzutreten. Wer sich dieser proletarischen Wehr gewaltsam widersetzt, ist als ein Disziplinbrecher, als ein Gelber, als ein Feind der Arbeiterschaft zu betrachten und zu behandeln."

Eine Erklärung der Regierung.

Die Wiener Schutzwache.

* Berlin. (Telunion.) Wie der Montag aus Wien meldet, hat die österreichische Regierung eine Erklärung ausgegeben, in der es heißt, daß **die Zusammenarbeit der neugebildeten Stadtschutzwache mit der Regierung sichergestellt** und daß die Einrichtung auf 10 Tage beschränkt sei. In der Erklärung heißt es weiter:

„Die politischen Auseinandersetzungen, denen hoffentlich keine weiteren folgen werden, sollen dorthin verlegt werden, wohin sie gehören, nämlich auf den parlamentarischen Boden. Zu welchem Zeitpunkt der Nationalrat einberufen werden soll, ist im Augenblick Gegenstand der Verhandlungen zwischen der Regierung und den einzelnen Parteiführern. Die österreichische Regierung wünscht, daß die volle Freiheit der Tagung des Nationalrats sichergestellt ist. Dazu gehört, daß der Generalstreik bis zur Einberufung des Nationalrates in allen seinen Teilen beendet sein muß."

Nach der Montagspost ist die Garnison von Wien nur um ein Regiment und um kleine Abteilungen auswärtiger Garnisonen verstärkt worden. Parlament, Kriegsministerium und Hofburg seien militärisch besetzt. Die neue Gemeindeschutzwache versehe keinen Straßendienst; ihr Wirkungskreis beschränke sich auf den Schutz städtischer Betriebe. 2000 Arbeiter seien mit Pistolen ausgestattet worden.

*

Die Opfer der Wiener Revolte.

* Prag. (Telunion.) Der Schaden, der durch den Brand im Justizpalast entstanden ist, wird auf viele Millionen österreichische Schillinge geschätzt. **Die Zahl der Toten dürfte etwa 150 betragen; die Zahl der Verwundeten 700.** In einem einzigen Spital befinden sich mehr als 40 Tote. Im ganzen wurden im Laufe des Sonnabend-Vormittags **689 Verletzte** eingeliefert, von denen **44 gestorben** sind

Die Beisetzung der Opfer.

)(Wien. Die **Beisetzung der Opfer** findet **am Mittwoch nachmittag 2 Uhr** auf dem Zentralfriedhof statt. Die Toten werden auf einem gemeinsamen Platz, aber in Einzelgräbern beerdigt. Die Kosten trägt die Stadt Wien. An dem Begräbnis nehmen neben den Angehörigen teil die Mandatare und Funktionäre der Sozialistischen Partei, Delegationen der Betriebsräte und der Ortsgruppen des Republikanischen Schutzbundes. In den Wiener Betrieben wird während der Beisetzung eine Viertelstunde lang Arbeitsruhe herrschen.

Neue Zusammenstöße in Wien?

)(Prag, 18. Juli. Das Tschechoslowakische Pressebüro erfährt über Preßburg aus Wien um 1 Uhr nachts, daß es gestern in verschiedenen Stadtvierteln hier und da zu Zusammenrottungen gekommen sei. Bei diesen Ruhestörungsversuchen hätte es an einigen Stellen Zusammenstöße mit der bewaffneten Schutzwacht gegeben, wobei auch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden sei. Laut amtlich nicht bestätigten Nachrichten sollen vier Tote und mehrere Verletzte zu verzeichnen sein.